

Zur missionarischen Präsenz der Kirche in der Gesellschaft

Reden von Erzbischof
Dr. Robert Zollitsch in Berlin, Fulda
und Brüssel
(2. September 2013, 23. September 2013
und 25. November 2013)

10. Februar 2014

Zur missionarischen Präsenz der Kirche in der Gesellschaft. Reden von Erzbischof Dr. Robert Zollitsch in Berlin, Fulda und Brüssel (2. September 2013, 23. September 2013 und 25. November 2013) / hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. – Bonn 2014. – 54 S. – (Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz ; 29)

INHALT

<i>Glaube und Gerechtigkeit – Kirche vor der Wahl</i> Rede beim St. Michael-Jahresempfang am 2. September 2013 in Berlin	5
<i>„Geh und folge diesem Wagen. Philippus lief hin.“</i> (Apg 8,29 f.) <i>Zur missionarischen Präsenz der Kirche in der Gesellschaft</i> Eröffnungsreferat zur Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz am 23. September 2013 in Fulda	15
<i>„Vertrauen erneuern – Verbindlichkeit stärken“</i> <i>Das geistige Erbe Europas neu zum Leuchten bringen</i> Ansprache beim Jahresempfang des Katholischen Büros Berlin und des Brüsseler Büros der EKD am 25. November 2013 in Brüssel	37

Glaube und Gerechtigkeit – Kirche vor der Wahl

**Rede beim St. Michael-Jahresempfang
am 2. September 2013 in Berlin**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
werte Frau Bundeskanzlerin,
meine Damen und Herren!

Herzlich begrüße ich Sie alle sehr zu unserem diesjährigen St. Michael-Jahresempfang.

Wir stehen weniger als drei Wochen vor der Bundestagswahl. Die Parteien ringen miteinander um die besten Antworten auf die großen Aufgaben unserer Zeit, die längst nicht mehr beschränkt sind auf nationale Kontexte. Die Ereignisse in Syrien, die die Weltgemeinschaft einmal mehr vor schwierigste Herausforderungen stellen, machen uns dies aktuell schmerzhaft deutlich.

Wir stehen vor der Wahl – was sich so selbstverständlich oder gar banal anhören mag, ist es keineswegs. Ich selber war damals, vor 64 Jahren, als im August 1949 erstmals eine Wahl zum Deutschen Bundestag stattfand, elf Jahre alt. Ich erinnere mich noch gut, wie zwei Wochen vor der Wahl ein Bekannter unserer Familie eines Abends zu meinem Vater kam und sie sich darüber austauschten, worauf es bei dieser Wahl ankomme. Sie waren sich einig, dass es galt, eine politische Kraft zu wählen, der sie zutrauten, Deutschland in Freiheit und auf den tragenden Werten Europas wieder aufzubauen. Sie hatten aus den Erfahrungen der verheerenden nationalsozialistischen Schreckensherrschaft, den Jahren der Ohnmacht und Entmündigung, Konse-

quenzen gezogen und schauten nach vorne. Sie wussten, welch hohes Gut eine freie und geheime Wahl ist.

Bei all den zum Teil epochalen Entwicklungen der seitdem vergangenen sechs Jahrzehnte – ich nenne nur die europäische Integration und die deutsche Wiedervereinigung – hat die Demokratie ihre Leistungsfähigkeit stets unter Beweis gestellt. Die Legitimation und Kontrolle staatlicher Macht, aber auch die zeitliche Begrenzung von Herrschaft, die Teilung der Gewalten und die Unabhängigkeit der Justiz und nicht zuletzt die Garantie der Meinungs- und Pressefreiheit – all diese Grundanforderungen an eine politische Ordnung für ein Leben in Würde und Freiheit gewährleistet unser Grundgesetz denkbar gut. Es lohnt sich, dies gerade in diesen Tagen vor der Bundestagswahl einmal wieder in Erinnerung zu rufen.

In Zeiten der öffentlichen politischen Auseinandersetzung steht auch die Kirche vor der Wahl – auch wir haben die Frage zu beantworten, welche Rolle wir bei der Gestaltung unserer Gesellschaft einnehmen. In unserem pluralen Gemeinwesen, in dem ein religiöses Bekenntnis mit einem christlichen Wertekanon immer mehr nur eine Option von vielen darstellt, gibt es aus meiner Sicht zwei gegenläufige Versuchungen für die Kirche: Es gibt die Versuchung, sich auf sich selbst zurückzuziehen und die Kraft nur noch aus dem Miteinander der Gleichgesinnten zu schöpfen. Und es gibt die Versuchung der Politisierung der Religion, sich in jeden gesellschaftlichen Diskurs einbringen zu wollen und im gesamtgesellschaftlichen und politischen Wettbewerb der Ideen auf eine gute, mehrheitsfähige Platzierung zu hoffen, um es einmal sportlich zu formulieren.

Beiden Versuchungen können wir nur entgehen, wenn wir uns auf den Kernauftrag der Kirche besinnen: Die Verkündigung des Glaubens an Jesus Christus; das gelebte Zeugnis für die Botschaft des Evangeliums. Christsein heißt: aus dem Glauben an

Gott engagiert sein für das Leben und Zusammenleben, Anwälte des Lebens zu sein, das uns von Gott geschenkt ist. Unser Auftrag und unsere Kompetenz als Kirche sehen wir deshalb vor allem darin, für eine Werteorientierung in der Politik einzutreten, in deren Zentrum die Würde jedes Menschen, die Achtung der Menschenrechte und die Ausrichtung am Gemeinwohl stehen. Bereits der Prophet Jeremia forderte vor mehr als 2500 Jahren seine Zeitgenossen eindringlich auf: „Bemüht euch um das Wohl der Stadt und betet für sie“ (*Jer 29,7*). Seine Botschaft könnte aktueller nicht sein.

Die Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils bestätigen dies. Den Gläubigen gibt das Konzil mit auf den Weg, dass wir das Recht in Anspruch nehmen müssen, in wahrer Freiheit den Glauben zu verkünden, die Soziallehre der Kirche kundzumachen und auch politische Angelegenheiten einer sittlichen Beurteilung zu unterstellen, wenn die Grundrechte der Menschen oder das Heil der Seelen dies verlangen.¹ Dieses Vermächtnis des Konzils führt uns Papst Franziskus in seinem noch jungen Pontifikat immer wieder eindrucksvoll vor Augen. So fordert er uns auf, in aller Offenheit und Liebe auf die Menschen zuzugehen, in jeder Situation bei ihnen zu sein und unseren Glauben zu verkünden und die christliche Liebe zu leben. Dazu führt er in seiner ersten, gemeinsam mit Benedikt XVI. verfassten Enzyklika „*Lumen fidei*“ aus: „Dank seiner Verbindung mit der Liebe stellt sich das Licht des Glaubens in den konkreten Dienst der Gerechtigkeit, des Rechts und des Friedens“.² Mit dieser starken Betonung und Rückbeziehung auf den Auftrag der Ver-

¹ Vgl. Zweites Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et spes*, 76.

² Papst Franziskus, Enzyklika *Lumen fidei* über den Glauben (29. Juni 2013), 51: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 193 (Bonn 2013), S. 58.

kündigung des Glaubens stellt er sich nicht nur in die Kontinuität seines Vorgängers. Damit verpflichtet er uns auf eine Besinnung auf das Wesentliche des Glaubens, den wir in die Welt tragen sollen. Papst Franziskus ruft auf, zur Erfüllung dieses Auftrags in die Randgebiete der menschlichen Existenz zu gehen.

So lohnt es sich, die Frage zu stellen: Wo gehen wir in unserer durch materiellen Wohlstand, soziale Sicherheit und zuverlässige internationale Bündnisse geprägten Gesellschaft an jene Peripherien des Lebens?

Gemeinhin gehen wir davon aus, dass in Deutschland Wahlen in der Mitte gewonnen werden. Entscheidend für die Qualität unserer Gesellschaft weit über jeden Wahltag hinaus ist es jedoch, wie wir mit denen umgehen, die nicht in der Sicherheit und Geborgenheit der Mitte der Gesellschaft sind. Und damit meine ich bei Weitem nicht alleine die materielle Sicherheit. Bei aller Unterschiedlichkeit der Aufgabenstellung und Funktionsweise von Politik und Kirche sehe ich hier gemeinsame Herausforderungen.

Für die gerechte Teilhabe an Wohlstand, sozialer Sicherung und Bildung gibt es in Deutschland gute Rahmenbedingungen. Nach dem kürzlich von der Bundesregierung vorgelegten 4. Armuts- und Reichtumsbericht liegen die Armutsrisikoquoten in der Gesamtbevölkerung in Deutschland zwar im Schnitt der letzten Jahre stabil bei 14 bis 16 Prozent; einzelne Bevölkerungsgruppen haben jedoch ein deutlich höheres Armutsrisiko, vor allem Alleinerziehende und in ihren Haushalten lebende Kinder und Jugendliche; Langzeitarbeitslose und auch Jugendliche, junge Erwachsene und kinderreiche Familien. Für sie die spezifische, an ihren Bedürfnissen orientierte Unterstützung zu gewährleisten, ist eine grundsätzliche Frage der sozialen Gerechtigkeit. Dafür steht der christliche Glaube und steht die Kirche ein, wenn sie sich politisch zu Wort meldet. Es geht hier nicht bloß

um Verteilungs-, sondern entscheidend auch um Beteiligungsgerechtigkeit.

Wenn uns Papst Franziskus dazu ermutigt, für eine gerechtere und solidarischere Welt zu arbeiten, dann gilt das insbesondere mit Blick auf angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen. Es kann uns nicht unberührt lassen, dass es bezogen auf die Beschäftigtenzahl in Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen EU-Ländern noch immer mehr Geringverdiener gibt. Vor wenigen Wochen hat der Tod zweier rumänischer Arbeiter uns vor Augen geführt, unter welchen schlimmen und unakzeptablen Bedingungen Migranten zum Teil bei uns arbeiten müssen.

Es wird Sie vielleicht verwundern, wenn ich über die Familie im Zusammenhang mit den Rändern der Gesellschaft spreche; gilt sie uns gemeinhin doch als das Rückgrat derselben. Doch es entspricht nun einmal der Realität, dass wir es immer wieder versäumen, die Familien und ihre Anliegen in das Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, ihnen die gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung zu geben, die sie brauchen. Unsere Gesellschaft ist nun einmal auf Ehepaare und Familien angewiesen, die bereit sind, Leben weiterzugeben. Darauf fußt der besondere Schutz des Grundgesetzes für Ehe und Familie.

Bereits der 5. Familienbericht hat darauf aufmerksam gemacht, dass Familien als kleine verletzbare Gebilde sich gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen, wie etwa der Wirtschaft, nur schwer Gehör verschaffen können. Dadurch kommt es nach dem Bericht in unserer Gesellschaft zu einer strukturellen Gleichgültigkeit gegenüber dem Umstand, ob Menschen Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernehmen können oder nicht. Soziale Gerechtigkeit muss aber heute wieder neu und eingehend auch als Generationengerechtigkeit entfaltet und reflektiert werden.

Ich möchte die mangelnde Aufmerksamkeit für besondere familiäre Verpflichtungen am Beispiel einer verbreiteten Familienkonstellation verdeutlichen – den alleinerziehenden Müttern und Vätern. Rund 2,2 Millionen Kinder wachsen bei einem alleinerziehenden Elternteil auf, ganz überwiegend bei ihren Müttern. Wir alle kennen „Ein-Elternfamilien“ und wissen, dass ihre Lebensverhältnisse sehr unterschiedlich sind. Aber eines prägt diese Familien in besonderer Weise: Alle Anforderungen der Familie konzentrieren sich auf ein Elternteil. Das deutlich erhöhte Armutsrisiko habe ich bereits erwähnt. Und wir alle können uns vorstellen, wie aufreibend es für Alleinerziehende ist, Kindererziehung, Erwerbstätigkeit und Haushaltsführung unter einen Hut zu bekommen. Daher bedürfen so manche Regelungen einer Überprüfung, etwa in der Frage, wie wir zu einem angemessenen steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende kommen oder wie weit das Mindestelterngehalt auf Sozialleistungen angerechnet werden kann. Auch die Unterhaltsrechtsreform bedarf der Überprüfung. Es ist zweifellos wichtig, dass sich die Fachverbände, auch die katholischen, für diese Familien weiter gesellschaftlich und politisch engagieren. Und es ist richtig und wichtig, wenn wir als Kirche spezielle Angebote der Ehe-, Familien- und Lebensberatung und der Erwachsenenbildung bereitstellen.

Papst Franziskus hat uns mit seinem Besuch auf der Insel Lampedusa im Juli auf bewegende Weise daran erinnert, dass uns die Not und das Leid von verfolgten, bedrängten und in ihren Lebensgrundlagen bedrohten Menschen nicht gleichgültig lassen dürfen. Er hat damit selbst ein Beispiel dafür gegeben, dass die Kirche „an die Ränder gehen“ muss, auch an die Ränder der Europäischen Union und darüber hinaus. Ich nehme dies sehr ernst – nicht nur die Anderen, nicht nur die Politik, sondern gerade auch wir als Kirche und jeder Einzelne von uns sind aufge-

fordert, in den Fremden und Hilfesuchenden den Nächsten und in ihm Jesus Christus zu sehen.

Ich weiß, dass auch Sie, werte Abgeordnete des Deutschen Bundestages, und Sie, verehrte Mitglieder der Bundesregierung, dem Schutz von Flüchtlingen hohe Bedeutung beimessen. Die Aufnahme von 5000 Flüchtlingen aus Syrien ebenso wie die Verbesserungen beim Bleiberecht für die sogenannten „geduldeten Ausländer“ legen davon Zeugnis ab. Das sind wichtige erste Schritte, für die ich dankbar bin und an die wir anknüpfen müssen – nicht zuletzt mit Blick auf die aktuellen Ereignisse in Syrien. Weitere wichtige Aufgaben liegen vor uns. So wird sich der 18. Deutsche Bundestag bald der Neuregelung der sozialen Leistungen für Asylbewerber und Geduldete zuwenden müssen, die das Bundesverfassungsgericht eingefordert hat.

Und nicht zuletzt führt uns das Elend der Bootsflüchtlinge vor Europas Küsten dramatisch vor Augen, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem der Weiterentwicklung bedarf. Es muss sichergestellt sein, dass niemand dorthin zurückgeschickt wird, wo er der Verfolgung ausgesetzt ist. Ich bin davon überzeugt, dass sich dieses Ziel nur erreichen lässt, wenn alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen übernehmen. Im gegenwärtigen System sind die Lasten nicht fair verteilt. Die Europäische Union muss sich auch beim Flüchtlingsschutz als solidarische Wertegemeinschaft erweisen. Die Bundesrepublik Deutschland hat dabei eine gewichtige Stimme und bedeutendes Potential.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Ihren Blick auf den Nahen Osten lenken. Die Situation dort erfüllt uns alle mit Sorge – und auch mit beträchtlicher Ratlosigkeit. Die oft gewalttätig ausgetragenen Konflikte haben zweifellos vielfältige Ursachen. Eine Grundlinie des Streits liegt dabei jedoch in der Auseinanderset-

zung um das Selbstverständnis des Islam in den sich verändernden Gesellschaften. Tatsächlich ist bis jetzt nirgendwo in der arabischen Welt eine überzeugende Synthese zwischen dem religiösen Erbe und den Herausforderungen der Moderne gefunden worden. Und so stürzt der Kampf um das gesellschaftliche und kulturelle Leitbild und die damit verbundenen Macht- und Einflussphären immer mehr Gesellschaften ins Chaos. Dies ist es, was wir im Irak, in Ägypten, in Syrien und auch andernorts erleben. Es darf hier nicht übersehen werden, dass die meisten Opfer dieser Konflikte Muslime sind. Ich will aber auch nicht verhehlen: Es stimmt mich unsagbar traurig, dass auch so viele Christen vom Mahlwerk der Gewalt zerrieben zu werden drohen. Ein Ende des christlichen Orients ist eine finstere Möglichkeit unserer geschichtlichen Epoche. An die Vertreter der Politik richte ich deshalb die ernste Bitte: Tun Sie alles Ihnen Mögliche, um eine friedliche Entwicklung in dieser Region zu fördern! Und unternehmen Sie, was immer Sie können, um die Überlebenschancen der christlichen Minderheiten zu sichern! Gerne mache ich mir den gestrigen Aufruf von Papst Franziskus zu eigen, am kommenden Samstag einen Fast- und Gebetstag abzuhalten.

Die Peripherien der Existenz finden wir nicht nur dort, wo Menschen materielle Not leiden. Es sind besonders die Fragen zum Leben – zu seinem Anfang und seinem Ende –, die uns zunehmend vor schwierige Entscheidungen stellen. Nicht immer waren wir als katholische Kirche mit den getroffenen gesetzgeberischen Entscheidungen in der zu Ende gehenden Legislaturperiode einverstanden. Gerade im Fall der Präimplantationsdiagnostik sind unsere Bedenken zur Veränderung der Gesellschaft und ihrer Einstellung Menschen gegenüber, die nicht der sogenannten „Norm“ entsprechen, leider nicht ausgeräumt worden. Mit Respekt haben wir aber auch zur Kenntnis genommen, wie ernsthaft und verantwortungsvoll sich Politikerinnen und Politiker,

oft über Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus, gemeinsam mit den existenziellen Fragestellungen des menschlichen Lebens auseinandergesetzt haben. Solch sorgfältige und ausgewogene Auseinandersetzungen erhoffen wir uns auch in der kommenden Legislaturperiode nicht nur bezüglich der Frage der Strafbarkeit der Beihilfe zur Selbsttötung.

Unsere Verantwortung dem Leben gegenüber, dem eigenen, dem noch nicht geborenen und dem zu Ende gehenden, wird in dem Maße wachsen, in dem unser Wissen und Können zunimmt. Als Kirche haben wir den Auftrag, die ethischen Grenzen aufzuzeigen, die sich aus unserem christlichen Menschenbild ergeben. Dies mag bisweilen für die Politik unbequem sein, kann Ihnen aber vielleicht auch helfen, schwierige Entscheidungen zu treffen und zu verteidigen.

Allen unter Ihnen, die sich erneut oder erstmals um ein Mandat bewerben, wünsche ich viel Erfolg! Denjenigen Mandatsträgern, die bereits jetzt wissen, dass sie dem neuen Bundestag nicht mehr angehören werden, möchte ich ein ganz herzliches Wort des Dankes mit auf den Weg geben – in diesen Dank schließe ich alle ein, die in dieser Legislaturperiode im Parlament, in der Regierung und in der Verwaltung ihren Dienst für das Gemeinwohl erbracht haben.

Erlauben Sie mir zum Ende die Anmerkung, dass heiße Wahlkampfzeiten nicht dazu angetan sind, den Problemen in all ihrer Differenziertheit auf den Grund zu gehen. Dabei ist es durchaus verständlich und legitim, dass der Wettbewerb um die besten Antworten und damit um die Wählerstimmen sich der Zuspitzung und Vereinfachung bedient. Dennoch wünsche ich uns allen in den verbleibenden wenigen Wochen bis zur Bundestagswahl noch eine faire, verantwortungsbewusste und konstruktive Diskussion über den künftigen Weg unseres Landes.

Die Finanzkrise hat uns erneut gezeigt, wie wichtig es ist, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungen nicht einseitig an kurzfristigen Zielen auszurichten. Gute Politik will langfristig angelegt sein und Grundsätzen folgen, die auch in stürmischen Zeiten Orientierung geben. Die Wirtschafts- und Finanzkrise fordert uns heraus und bietet die Chance, längerfristig zu denken und dementsprechend zu handeln. Positiv stimmt mich, dass von einer in der Vergangenheit viel beklagten Politikverdrossenheit derzeit weniger zu spüren ist.

Unsere Aufgabe als Kirche ist es in dieser Zeit, insbesondere die Gläubigen an ihre Verantwortung zu erinnern, sich in die politischen Meinungsbildungsprozesse aktiv einzubringen und von ihren demokratischen Rechten Gebrauch zu machen. Unsere Aufforderung gilt allen: „Gehen Sie zur Wahl! Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr!“

„Geh und folge diesem Wagen. Philippus lief hin.“ (Apg 8,29 f.)

Zur missionarischen Präsenz der Kirche in der Gesellschaft

Eröffnungsreferat zur Herbst-Vollversammlung
der Deutschen Bischofskonferenz
am 23. September 2013 in Fulda

Heute halte ich zum letzten Mal das Referat zu Beginn der Herbst-Vollversammlung. Beim ersten Mal habe ich meinen Vortrag dem missionarischen Dialog der Kirche mit unserer Zeit gewidmet (2008). Später ging es um die Sendung der Kirche im weltanschaulichen Pluralismus Deutschlands (2009) und ein anderes Mal um den Weg „zu den Orten des Lebens“¹, von denen Papst Benedikt XVI. zum Auftakt des Jahr des Glaubens sprach. Vor allem habe ich im Jahr 2010 mein Plädoyer für eine pilgernde, hörende und dienende Kirche gehalten. Es wurde die Grundlage unseres Gesprächsprozesses, den wir vor zehn Tagen in Stuttgart zum Thema „Liturgie“ fortgesetzt haben; und es wurde – so war in den vergangenen Wochen in den Medien zu sehen und zu hören – der Impuls zu einer neuen Etappe auf dem Weg der Kirche unseres Landes in die Zukunft.

Eine neue Etappe, das ist ein kühnes Wort. Ich benutze es im Blick auf gewisse Verschiebungen und so manche Brüche, die es innerhalb der Kirche ebenso gibt wie in ihren Beziehungen

¹ Papst Benedikt XVI., Apostolisches Schreiben in Form eines Motu Proprio *Porta fidei* mit dem das *Jahr des Glaubens* ausgerufen wird (11. Oktober 2011), 2: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 191 (Bonn 2012), S. 4.

nach außen. An der Oberfläche betrachtet ist es die Erfahrung, dass der christliche Glaube in der Gesellschaft immer weniger Akzeptanz findet, die Kirche an Ansehen verloren hat und ihr Einfluss abnimmt; dass die Zahl der Getauften auf jeden Fall deutlich zurückgeht. All das attestiert man uns. Aber nach meiner Auffassung lohnt es sich, sich die Mühe zu machen, genauer hinzuschauen und hinter die Symptome zu blicken. Wir erkennen dann eine tiefere Verschiebung im geistigen und gesellschaftlichen Leben, die sich selbstverständlich auch kirchlich bemerkbar macht. Sie besteht darin, dass sich das Verhältnis zwischen dem Individuum und seiner Freiheit auf der einen und dem sozialen Verbund auf der anderen Seite an vielen Stellen neu austariert. Es neigt sich deutlich auf die Seite der Freiheit des Individuums. Dieser Zuwachs an Freiheit des Einzelnen macht sich auch im Glauben und im Leben der Kirche bemerkbar. Wir spüren deutlich, dass sich die Menschen die Freiheit nehmen, ihren Glauben wie aus einem Fundus der Kirche auszuwählen und auch mit Überlieferungen und Formen anderer Religionen zu kombinieren. Wir spüren ebenso einen schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt in Form gemeinsamer Auffassungen, Kulturen und Institutionen. Zugleich richten sich aber auch diffuse Erwartungen an die Institution Kirche. Die britische Religionssoziologin Grace Davie beschreibt diese mit ihrer These von der „*Vicarious Religion*“; der „Stellvertreter-Religion“ als einer spezifisch westeuropäischen Form der Religiosität: „Kirchen und Kirchenführer praktizieren Rituale im Auftrag anderer, Kirchenführer und Kirchgänger glauben im Auftrag anderer (...) [und] verkörpern im Auftrag anderer moralische Werte, Kirchen können schließlich Räume bieten für die stellvertretende Debatte über die ungelösten Fragen der modernen Gesellschaft.“² Kirchen zählen so zu den Einrichtungen der Da-

² Bernhard Spielberg, *Noch drin, weil nicht ausgetreten*, in: *Herder Korrespondenz* 67 (2013), S. 122.

seinsvorsorge im öffentlichen Raum, in denen man nicht selbst aktiv sein muss. Es gibt nicht wenige, die auf diese Weise „ohne Bindung mit der Kirche in Verbindung bleiben“. Die Kirche wird somit als Dienstleister in die persönliche Gestaltung des Lebens eingruppiert. Insgesamt entwickelt sich so eine neue Verhältnisbestimmung im Bereich von Glauben und Kirche, wie dies im Übrigen auch in anderen Bereichen des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens der Fall ist – ich denke etwa an das politische Engagement in Parteien. Die Soziologie spricht auch nur vorsichtig von der „anderen Gesellschaft“, die sich abzuzeichnen beginnt, ohne dass deren Grundlagen bereits neu manifest würden. Auf diese neue Situation haben wir zu reagieren, ja mehr noch: Wir sind gefordert, proaktiv zu agieren, überzeugt die Botschaft des Evangeliums zu leben und kreativ den christlichen Glauben weiterzugeben. Was heißt das?

Wir wollen eine Kirche sein, die missionarisch ist und sich nicht bequem ausruht – in der völlig falschen Annahme, wir könnten es aufhalten, dass das Netz alter Sicherheiten zerreißt. Wir haben von Jesus Christus selbst den Auftrag, missionarische Kirche zu sein, wir haben den Auftrag, das Evangelium zu leben und die frohe Nachricht vom Reich Gottes zu verkünden. Die Vollversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe 2007 in Aparecida hat dies – unter der Federführung des heutigen Papstes – sehr deutlich und zugleich einfach formuliert: Der Christ von heute ist dazu gerufen, „Jünger und Missionar“ zu sein. „Der Ruf, Jünger und Missionare zu werden, verlangt von uns, dass wir uns eindeutig für Jesus und sein Evangelium entscheiden, dass Glauben und Leben miteinander übereinstimmen, dass die Werte des Reiches Gottes in uns Fleisch und Blut annehmen, dass wir zur Gemeinschaft der Jünger gehören und

immer mehr zur Gemeinschaft der Liebe werden.“³ Zum Jüngersein und Missionar Christi werden, gehört immer auch die Bereitschaft, aufzubrechen und bis daher scheinbar unaufgebba-re Sicherheiten hinter sich zu lassen. Müssen auch wir unter den veränderten Bedingungen einer neuen Epoche kirchlichen Lebens in diese innere Freiheit der Jünger Jesu nicht noch stärker hineinwachsen? Dazu will ich einige Überlegungen darlegen.

Impulse von Papst Franziskus

Liebe Mitbrüder! Man braucht weder katholisch noch christlich zu sein, ja noch nicht einmal religiös, um zu erkennen, welche wertvollen Impulse Papst Franziskus derzeit gibt. Weltweit beeindruckt er Menschen und regt – unaufdringlich, aber eindringlich – zum Nachdenken an. Erinnern wir uns etwa an die Überraschung, als er zum ersten Mal nach der Wahl vor die Öffentlichkeit trat. Er sagte, er sei Bischof von Rom, den die Kardinäle vom Rand, ja beinahe vom Ende der Welt geholt hätten. Er ist ein Pilger, der nun auch unermüdlich und unerschrocken vom römischen Zentrum an die Ränder der Welt geht. Damit lenkt er unseren Blick auf Menschen und Themen, die in Gefahr stehen, in den Herausforderungen des Alltags unterzugehen. Dabei sollten wir doch deren Anwalt und Fürsprecher sein: Kinder und Familien, Arme und Flüchtlinge – um nur einige wenige zu nennen. In beeindruckender Weise findet er den Weg an die Ränder der Gesellschaft – und wohl auch deswegen in die Herzen der Menschen; nicht nur derer, die an den Peripherien zu finden sind. So haben es ihm die beiden großen Heiligen vorgelebt, die sein Leben bestimmen: der heilige Franziskus

³ *Aparecida 2007. Schlussdokument der 5. Generalversammlung des Episkopats von Lateinamerika und der Karibik (13.–31. Mai 2007)*; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Stimmen der Weltkirche* Nr. 41 (Bonn 2007), S. 13.

von Assisi, dessen Namen er sich auswählte; und der heilige Ignatius von Loyola, der die Gesellschaft Jesu gründete. Dessen geistliches Tagebuch ist der „*Bericht des Pilgers*“ – Erinnerungen an den Weg, den der Heilige nach seiner Bekehrung zur Nachfolge Jesu von der baskischen Heimat aus nahm und der ihn nach Jerusalem und schließlich nach Rom führte – hin zu den Menschen, die krank waren, die kaum Bildung hatten und die gerade auch in geistlicher Hinsicht Hunger und Durst litten. Das sind die Lebensimpulse eines Pilgers für die Botschaft Jesu Christi, wie auch Papst Franziskus einer ist.

Was mich besonders beeindruckt, ist die unermüdliche Suche des Heiligen Vaters nach Nähe zu den Menschen und seine Art des unmittelbaren Umgangs mit ihnen. Wer Papst Franziskus begegnet oder gar von ihm angesprochen oder angeschrieben wird, erfährt eine große Wertschätzung. So wundert es nicht, dass unser Heiliger Vater bei seiner Begegnung mit den brasilianischen Bischöfen vor zwei Monaten in Aparecida deutlich hervorhob: „*Nähe schafft Gemeinschaft und Zugehörigkeit, Nähe macht Begegnung möglich. Nähe nimmt die Form eines Dialogs an und schafft eine Kultur der Begegnung.*“ Und weiter verweist er darauf, dass Nähe und Begegnung die Weise darstellen, in der Gott sich in der Geschichte offenbart hat. Er ist der nahe Gott für sein Volk. Er ist der Gott, der hinausgeht, der seinem Volk entgegengeht. Er ist der Gott, der selbst Mensch wird, um mitten unter uns zu sein. Deshalb darf unsere Pastoral nicht auf Distanz zu den Menschen gehen, sondern hat Beziehung zu stiften, hat auf Begegnung und Nähe hinzuführen: Begegnung mit Jesus Christus und Begegnung mit den Schwestern und Brüdern. Wir glauben, dass wir im Anderen und besonders in den Machtlosen wirklich Christus selbst begegnen. Das verlangt ein ehrfürchtiges Verhältnis zu ihnen. Die Menschen sind Selbstoffenbarung Gottes und sie verdienen Aufmerksamkeit und Achtsamkeit. Darin zeigt sich Papst Franziskus als ein Meister, wenn

er etwa die Angestellten des Vatikans zu sich einlädt oder sie gar in den einzelnen Betrieben besucht: Ein Hirte, der offene Ohren und ein hörendes Herz hat.

Ein gläubiger Mensch und zumal ein Bischof, liebe Mitbrüder, ist immer dazu berufen, den Mitmenschen zu dienen, das eigene Amt als Dienst am Dienst der anderen zu verstehen. Anderes verdient nicht, Nachfolge dessen genannt zu werden, der gekommen ist, nicht zu herrschen, sondern zu dienen. Papst Franziskus ist dieser Wahrheit Jahr für Jahr in den Exerzitien begegnet, in denen der heilige Ignatius dem Beter schon ganz am Anfang empfiehlt: Bete in der Meditation der Weihnachtsgeschichte darum, dem Herrn, der als Neugeborener in der Krippe liegt, ein „*kleiner Diener*“ – ein *servulus* – zu sein. Uns gehen die Begriffe „Dienst“ und „Dienen“ zumeist leicht und oft vielleicht auch unbedacht über die Lippen. Fast sind sie bloße Bezeichnung für das, was wir tun, ohne doch eine inhaltliche Bestimmung, die uns die Orientierung schenken könnte, um zu unterscheiden und richtig zu priorisieren. Papst Franziskus will ein guter Diener der Menschen und der Kirche sein, „*mit viel Milde, geduldig und barmherzig*“⁴. Dazu geht er zuweilen überraschend ungewohnte Schritte, wie wir es etwa am Gründonnerstag erlebt haben, als er den Abendmahlsgottesdienst in der römischen Jugendhaftanstalt Casal del Marmo mit 49 jungen Gefangenen feierte. Oder auch bei seinem Besuch der Flüchtlinge auf Lampedusa.⁵ Es sind Zeichen, die weltweit für Aufmerksamkeit und auch bei kritischen Zeitgenossen für ein nachfragendes

⁴ Papst Franziskus, Ansprache an den CELAM-Koordinierungsausschuss am 28. Juli 2013, 4.

⁵ Damit setzt Papst Franziskus in die Tat um, was er in seinem Interview vom 19. August 2013 mit den Zeitschriften des Jesuitenordens formulierte: „Ich sehe ganz klar, dass das, was die Kirche braucht, die Fähigkeit ist, die Wunden zu heilen und die Herzen der Menschen zu erwärmen – Nähe und Verbundenheit.“

Interesse sorgen. Sein Dienst, liebe Mitbrüder, fordert uns als Kirche zum Nachdenken über das eigene Tun heraus.

Das Bild einer missionarischen Kirche

Gestattet mir, verehrte Mitbrüder, dass ich diese Überlegungen mit meinem Plädoyer verknüpfe für eine pilgernde, hörende und dienende Kirche, die aus der biblischen Offenbarung erwächst und im Zweiten Vatikanischen Konzil, in den verschiedenen Synoden in Deutschland und bei der Suche nach Orientierung unserer Bischofskonferenz maßgeblich ist. In sehr treffender Weise kommt dies in einer biblischen Stelle zum Ausdruck, die allen von uns bestens vertraut ist: in der Begegnung des Philippus mit dem Kämmerer der Königin von Äthiopien (*Apg* 8,26–40).

Philippus verkündet, wie die anderen Apostel, inmitten der Verfolgung, der die junge Kirche ausgesetzt ist, das Wort Gottes. Er ist zunächst Missionar in Samarien. Aus der dortigen Gemeinde bricht er auf und geht zur Straße, die nach Gaza führt. Vorbei kommt der Wagen mit dem Finanzverantwortlichen der Königin von Äthiopien. Im Geist wird Philippus aufgefordert: „*Geh und folge diesem Wagen. Philippus lief hin*“ und fragt den Beamten, ob er denn auch verstehe, was er laut liest – ein Stück aus dem Propheten Jesaja, das auf den Herrn hinweist. „*Wie könnte ich, da mich keiner anleitet?*“, fragt der Äthiopier. Philippus erklärt ihm alles und weckt in ihm den Wunsch nach der Taufe. Nachdem er den Mann getauft hat, geht er seinen Weg weiter, um an anderen Orten missionarisch tätig zu werden. Der Neugetaufte aber kehrt „*voll Freude*“ in seine Heimat zurück.

Philippus und die Apostel waren geradezu beseelt von dem Wunsch, das Werk des Herrn fortzuführen und – wie er selbst – Menschen ihr „*Zeugnis des Lebens*“ und ihr „*Zeugnis des Wor-*

tes“⁶ zu geben. Jesus führte als Wanderrabbi ein Leben der Wanderschaft, die ihn hinauf nach Jerusalem führte, wo er sein Leiden auf sich nahm. Die Heilige Schrift kennt eine Fülle an Weggeschichten, wo Menschen sich bewegen und in Bewegung setzen lassen, wie etwa beim Aufbruch Abrahams und im Auszug Israels aus Ägypten. Nach der Auferweckung des Herrn überwinden auch seine Apostel ihre Starre und machen sich mit ihrer Botschaft auf den Weg. Sie gehen entlang den Straßen des weiten römischen Reichs, um überall Menschen aufzusuchen, die für den Glauben ansprechbar sind. Das Bild der pilgernden Kirche festigt sich von da aus: eine Gemeinschaft, deren Gläubige sich auf dem Weg wissen zu Gott, der das Ziel ihrer Wanderschaft ist, und der selbst mit seiner Kirche hin zu den Menschen auf dem Weg ist.

Philippus demonstriert, wie eine pilgernde Kirche sich auf die Straße wagen muss – eben dahin, wo man den unterschiedlichsten Menschen begegnet, gerade auch den fremden, fremdelnden und suchenden; denen, wie der Äthiopier, die etwas gehört oder gelesen haben, was sie nicht verstehen, das ihnen jemand erschließen muss; und Menschen, die Fragen haben. Gibt es doch zu allen Zeiten eine ungebrochene Sehnsucht des Menschen nach Gott: die Sehnsucht nach Liebe, die treu ist und auch dann nicht aufgekündigt wird, wenn man elend, schwach und müde geworden ist. Die Sehnsucht nach dem, was wir theologisch Gnade nennen – sie überdauert den Wechsel der Zeiten und Umstände. Zugleich gibt es die Sehnsucht Gottes nach den Menschen: eine kühne Formulierung, die richtig nur verstehen kann, wer Gott als Gott der Liebe versteht, dessen Freude und Ehre es ist, die Menschen zu lieben und bei den Menschen zu

⁶ Vgl. „Zeit zur Aussaat“. *Missionarisch Kirche sein* (26. November 2000): Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Die deutschen Bischöfe* Nr. 68 (Bonn 2000).

wohnen. In der Menschwerdung seines Sohnes wurde diese Liebe in unüberbietbarer Weise fassbar. Und „Christus, der neue Adam, macht eben in der Offenbarung des Geheimnisses des Vaters und seiner Liebe dem Menschen den Menschen selbst voll kund und erschließt ihm seine höchste Berufung“.⁷ Das ist bleibende Gabe und Aufgabe.

Da wir Bischöfe auf besondere Weise am Apostelamt teilhaben, tun wir gut daran, das Beispiel des Philippus als charakteristisch für unser Wirken zu verstehen und im gleichen Sinn hinaus auf die Straßen zu gehen. Wir tun gut daran, keine Berührungängste zu haben – auch nicht mit denen, die uns auf den ersten Blick fremd vorkommen und deren Leben uns unverständlich erscheint. „Die Kirche, mit der wir denken und fühlen“, so sagt es Papst Franziskus, „ist das Haus aller – keine kleine Kapelle, die nur ein Grüppchen ausgewählter Personen aufnehmen kann“.⁸

Dass es dazu vor allem eine hörende Kirche braucht, macht die Begegnung des Äthiopiens mit Philippus eindrucksvoll deutlich: Er wollte verstanden sein und ein offenes Ohr finden, bevor der Apostel bei ihm ein offenes Ohr findet, um die Schrift zu erschließen und den Glauben zu erklären. Der Mensch ist der Weg der Kirche. Verkündigung des Evangeliums lebt vom Hören – auf Gottes Wort wie auch auf die Fragen und Freuden, Sorgen und Anliegen der Menschen. Wir brauchen offene Ohren und hörende Herzen für die Menschen, um deren Leben und Denken zu begreifen, um sie zu respektieren und uns auf sie einlassen zu können. Wir begegnen ihnen mit dem Blick Gottes. Nichts anderes tat Philippus. So erst sind wir in der Lage, an das anzuknüpfen, was die Menschen bewegt. Dem Reden und

⁷ Zweites Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et spes*, 22.

⁸ Papst Franziskus, Interview vom 19. August 2013 mit den Zeitschriften des Jesuitenordens.

Handeln geht das Sehen und Hören voraus. Und zwar ein Sehen und Hören sowohl derer, die innerhalb der Kirche ihren Lebensweg gehen, wie auch der distanzierten Getauften, der Ungetauften oder auch Nichtgläubigen. Sie sind ja in manchen Teilen Deutschlands die größte Personengruppe. Hier wollen wir im November in Berlin mit den Veranstaltungen im Rahmen des „Vorhofs der Völker“ ein exemplarisches Zeichen setzen, das nachhaltig und in der Breite wirken soll. „Es ist an der Zeit“, so schreibt Papst Franziskus in seinem eindrucksvollen Brief an den Herausgeber der italienischen Tageszeitung „Repubblica“, Dr. Eugenio Scalfari, dass nach einer Wegstrecke der „Kontaktunfähigkeit zwischen der Kirche bzw. der christlich orientierten Kultur einerseits und der modernen, aufklärerisch geprägten Kultur andererseits, der Anfang kommt für einen offenen, vorurteilslosen Dialog, der die Türe für eine ernste und fruchtbare Begegnung wieder öffnet“. Damit dies gelingt, müssen wir besonders dann hellhörig sein, wenn man uns innerhalb und außerhalb der Kirche vorhält, wir würden über Fragen sprechen, die keiner gestellt hat, oder Antworten geben, die kaum einer mehr versteht. Zu Recht ruft uns deshalb Papst Franziskus in Erinnerung: „Die Kirche darf sich nicht von der Einfachheit entfernen. Manchmal verlieren wir diejenigen, die uns nicht verstehen, weil wir die Einfachheit verlernt haben.“ Diese Aufgabe, der „Grammatik der Einfachheit“ zu folgen, ist uns Bischöfen in besonderer Weise gestellt. Sie stellt sich letztlich auch allen Getauften, die auf ihre eigene Weise Anteil haben am Apostolat der Sendung Jesu.

Dabei erinnert das Beispiel des Philippus auch an die dritte Eigenschaft einer missionarischen Kirche: das Dienen. Philippus will für das Wohl und Heil des Äthiopiens wirken und willigt, da sich die Gelegenheit dazu ergibt und er darum gebeten wird, in dessen Taufe ein. Das ist wichtig: der Wille des Anderen findet Respekt, seine Entscheidung fällt selbstbestimmt und frei.

Wer so in Geduld handelt, hat Vertrauen, dass letzten Endes Gott alles zum Guten lenkt und dass das Entscheidende nicht vom eigenen Tun kommt. Er kann engagiert und zugleich gelassen handeln, geduldig und demütig gegenüber Gott und dem Anderen. Wenn das Werk getan ist, geht der Apostel weiter, um am nächsten Ort im Namen Jesu zum Heil der Menschen zu wirken. Es zeigt sich eine wohltuende Selbstlosigkeit. Nicht die größere eigene Ehre, das vermehrte Ansehen oder der Ausbau der Macht von Kirche und Apostel bestimmen das Handeln einer missionarischen Kirche, sondern eben die Ehre Gottes wie der Dienst für den, der sich an den Straßenkreuzungen finden lässt, zu dem man hinget, von dem man um Wegbegleitung gebeten wird.

Zeitansagen

Nehmen wir uns den biblischen Philippus als Vorbild und wählen wir uns den Heiligen Vater als Weggefährten, wenn wir im Deutschland unserer Tage missionarisch Kirche sein wollen! Ich möchte versuchen, unter vier Aspekten exemplarisch zu entfalten, was das bedeuten kann und welche Herausforderungen daraus erwachsen.

1. Eine glaubensstarke Kirche: Immer wieder betonen die Päpste Benedikt XVI. und Franziskus die zentrale Bedeutung des Glaubens an Jesus Christus, ohne den es die Kirche nicht gäbe. „Wir sind keine Nichtregierungsorganisation (NGO), und wenn die Kirche eine NGO wird, verliert sie das Salz, hat keinen Geschmack mehr, ist nur noch eine leere Organisation“, so Papst Franziskus am 13. Mai 2013 in seinen Antworten auf Fragen junger Menschen. Umso mehr bedarf es unserer steten Vergewisserung, dass wir selbst tief in Gott verankert sind. Wie könnte einer dem Anderen helfen, die Wasseradern des Glaubens freizulegen, wenn er selbst nicht die Brunnen der Liebe Gottes

kennt? Wie können wir den Menschen Weggefährten sein und Helfer, mitten im Alltag die Spuren Gottes zu entdecken, wenn wir selbst zu wenig mit ihm vertraut sind? Es geht um die gemeinsame engagierte Suche nach der „*veritas semper maior*“. Und bei dieser gemeinsamen Suche geht es zuerst darum, die Menschen durch unser ganzes Verhalten die unbedingte Sympathie Gottes, die selbstlose Liebe Gottes erfahren zu lassen. Es ist diese Liebe und Zuwendung, auf die viele Menschen gerade auch in einer hochtechnisierten und globalisierten Welt warten. Oder in den Worten von Papst Franziskus, die er in seinem vergangenen Freitag veröffentlichten Interview wählte, kurz und prägnant zusammengefasst: „Die Verkündigung der heilbringenden Liebe Gottes muss der moralischen und religiösen Verpflichtung vorausgehen.“

Liebe Mitbrüder, als wir im Frühsommer dieses Jahres mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken in Berlin einen Studientag zum Verhältnis zwischen öffentlichem Leben und Kirche veranstalteten, hat uns der Religionssoziologe, Professor Dr. Armin Nassehi, einige Thesen vorgetragen. Dabei ging es um die Situation von Glauben und Gläubigen in der Gegenwart. Danach hat die christliche Religion unverändert eine signifikante Bedeutung. Die Menschen schätzen, so heißt es im Sprachgebrauch der Soziologen, dass der Glaube das Unbestimmte des Jenseits bestimmt deute. Allerdings stehe der kirchliche Glaube vor dem Problem der neuen Epoche, von der ich gesprochen habe, in der eine starke Stellung des Individuums die soziale Verbundenheit durch gemeinsame Auffassungen und Werte schwächt. Im Leben der Menschen gebe es immer mehr „Inkonsistenzen“, das heißt Brüche und Widersprüche in der Lebensführung und den Überzeugungen. Es gelte, in einer Welt voll dieser Inkonsistenzen, die Konsistenz von Glaubensannahmen wachzuhalten und anzubieten. Professor Nassehis Vorschlag, der die missionarische Kraft der Kirche betrifft: Eine vertretbare

und begründete Toleranz solchen Inkonsistenzen gegenüber, die Brüche nicht einebnen, aber ernst nimmt und in den Glauben einordnet. Dies werde die Anschlussfähigkeit und die Glaubwürdigkeit der Kirche fördern.⁹ Ist das ein Plädoyer für Relativismus? – so werden sich manche fragen. Verrät es den Wahrheitsanspruch des Glaubens? Angesichts der empirischen Befunde, die belegen, dass heute viele selektiv mit den Glaubenswahrheiten umgehen, lohnt es sich, uns diesen Fragen zu stellen: Wer ist wann ein Katholik? Wie bieten wir denen eine Heimat, die im modernen Sinn eben voller Inkonsistenzen, voller Brüche und auch Widersprüche in ihrem Weltbild und den Überzeugungen leben? Was ist Glaubensstärke in einem Umfeld der Unsicherheiten und der vorläufigen Festlegungen der Menschen und der Gläubigen, oft auch der Hauptberuflichen?

Dabei ist klar: Eine missionarische Kirche ist und bleibt selbst auch eine suchende Kirche, die trotz der Klarheit des Glaubens, des Katechismus und der Konsistenz der Glaubenslehre eben auch voller Ungewissheiten und voller Orientierungsbedarf ist.¹⁰ Es gilt eben, beides im Blick zu behalten: Jünger *und* Missionar

⁹ Vgl. etwa Armin Nassehi, *Die Organisation des Unorganisierbaren. Warum sich Kirche so leicht, religiöse Praxis aber so schwer verändern lässt*; in: Isolde Karle (Hg.), *Kirchenreform. Interdisziplinäre Perspektiven* (Leipzig 2009), S. 199–218.

¹⁰ Papst Franziskus geht in dem bereits erwähnten Brief an Dr. Eugenio Scalfari auf den Wegcharakter des Glaubens ein: „Sie fragen mich auch, ob es ein Irrtum oder eine Sünde sei zu glauben, dass es keine absolute Wahrheit gebe. Ich würde zunächst auch für einen Glaubenden nicht von ‚absoluter‘ Wahrheit sprechen – für den Christen ist die Wahrheit die Liebe Gottes zu uns in Jesus Christus, also eine Beziehung! Und jeder von uns geht von sich selbst aus, wenn er die Wahrheit aufnimmt und ausdrückt: von seiner Geschichte, Kultur, seiner Lage usw. Das heißt nicht, dass Wahrheit subjektiv oder veränderlich wäre, im Gegenteil. Aber sie gibt sich uns immer nur als Weg und als Leben. Hat nicht Jesus selbst gesagt: Ich bin der Weg, die Wahrheit, das Leben?“

zu sein – oder: als Missionar immer auch Jünger, d. h. Schüler Jesu, des Herrn, zu bleiben. Der tschechische Priester und Professor Tomas Halik hat sich in seinem neuesten Buch „*Berühre die Wunden*“ mit dem Zweifel des Apostels Thomas auseinandergesetzt. Darin stellt er heraus, dass Glaube seine Vergewisserung vor allem darin findet, dass die „*Wunden der Liebe*“ bleiben und so die Authentizität der Liebe bekräftigen: „Die Wunden bleiben Wunden. Aber derjenige, der ‚die Krankheiten von uns allen getragen hat‘, ... ist weiterhin (unbegreiflich) bei uns.“¹¹ Oder anders formuliert: Es braucht unseren Mut, auch in die Nacht unseres Lebens und in die Finsternis unseres Zusammenlebens hinauszusteigen, ohne selbst vom Dunkel durchdrungen zu werden, ohne die Orientierung und den Halt zu verlieren. Ich bin überzeugt: Wenn die Kirche in Deutschland diese treue Liebe des Herrn in Wort und Tat deutlich macht, ist sie glaubenstark und weckt missionarisch Glaubensstärke. Und sie kann sich mutig in eine multioptionale Gesellschaft hineinwagen.

2. Eine hoffnungsfrohe Kirche: Papst Johannes XXIII. eröffnete das Konzil u. a. mit den Worten: „Wir aber sind völlig anderer Meinung als diese Unglückspropheten, die immer das Unheil voraussagen, als ob die Welt vor dem Untergang stünde. In der gegenwärtigen Entwicklung der menschlichen Ereignisse, durch welche die Menschheit in eine neue Ordnung einzutreten scheint, muss man viel eher einen verborgenen Plan der göttlichen Vorsehung anerkennen.“ Bis heute streiten sich die Verfechter der Säkularismusthese, wonach die moderne Entwicklung die Religion tötet, mit denen, die eine bleibende Aktualität oder gar neue Blüte des Glaubens analysieren. Doch gegen die genannte Säkularismus-These sprechen nicht zuletzt einige Entwicklungen

¹¹ Tomas Halik, *Berühre die Wunden. Über Leid, Vertrauen und die Kunst der Verwandlung* (Freiburg 2013), S. 21.

in den hoch industrialisierten Ländern des Fernen Ostens wie Südkorea, Singapur oder auch China. Hier ist im Kontext einer komplexen und industrialisierten Gesellschaft ein tendenziell eher zunehmendes Interesse an Religion und auch wachsendes kirchliches Leben zu spüren.¹² Ich plädiere nachdrücklich dafür, es nicht bei akademischen Diskussionen zu belassen, sondern ganz konkret die Hoffnung der Menschen zu bestärken und dadurch den Glauben zu verlebendigen. Das beginnt mit dem Gespräch am Bett des Schwerkranken oder Sterbenden. Es schließt ein, dass wir deutlicher bewusst machen, wie viel Hoffnung und Zuversicht durch die soziale Hilfe im Kleinen einerseits und die Projekte der weltweiten Hilfe und Unterstützung durch die Kirche andererseits erwachsen. Gottvertrauen führt auch zu einem kraftvollen Nein zu dem Zynismus und Pessimismus, welche die öffentliche Kommunikation nicht selten prägen. Eine Kirche des Jammerns, der Klage und des Zynismus ist nicht missionarisch. Die Klage gleicht einem „Bumerang, der zurückkommt und schließlich das Unglück noch vergrößert. [...] Das Jammern hilft nie, nie, um Gott zu finden. Die Klage darüber, wie barbarisch die Welt heute sei, will manchmal nur verstecken, dass man in der Kirche den Wunsch nach einer rein bewahrenden Ordnung, nach Verteidigung hat. Nein, Gott kommt im Heute entgegen“ (Papst Franziskus). Es geht für uns um weit mehr als die biedere Forderung, positiv zu denken („think positive“) und guter Dinge auch am Abgrund zu sein. Wir wollen Zeugen sein eines Glaubens an Gott, der größer ist als die Engpässe, in denen wir uns befinden und die uns oft genug auch ratlos machen. Dabei kommt der Kraft der Liebe eine besondere Rolle zu: Ja, die Liebe ist die Dimension, in der jenseits der Gottesfinsternis die Transzendenz in dieser Welt aufscheinen kann.

¹² Vgl. dazu auch: Hans Joas, *Glaube als Option* (Freiburg 2012), S. 192 ff.

Sie lässt uns ahnen und erfahren, dass es mehr und etwas anderes gibt als das Zähl- und Berechenbare.

3. Eine bescheidene und barmherzige Kirche: Als wir vor drei Jahren im Zuge der Aufdeckung der sexuellen Übergriffe und des Missbrauchs von Minderjährigen in eine enorme Vertrauenskrise gerieten, konnte man erleben, wie sehr die Kirche von so manchen als zu machtvoll im Auftreten, als respektlos und unbarmherzig wahrgenommen wurde. Es wurde deutlich, wie tief der Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit bisweilen auch bei uns ist. Geistliche, als Hirten Garanten einer beschützenden Nähe zu den Menschen, und mit ihnen die Kirche wurden als fern empfunden. Dies empfinden nicht wenige auch mit Blick auf die Umstrukturierung der Pastoral: In einer Zeit, in der die Kirche in Deutschland in großem Umfang diözesane Neugliederungen auf den Weg bringt, wächst der Eindruck bei vielen Menschen auch im inneren Bereich unserer Kirche, wir seien weit weg von ihnen; wir gingen nicht genügend auf die Menschen zu und zu wenig auf ihre Fragen, Sorgen und Anliegen ein. „Für viele Menschen“, so stellt der Innsbrucker Professor für interkulturelle Pastoraltheologie und Missionswissenschaft, Franz Weber, nüchtern fest, „geht Kirche nicht mehr. Und sie ziehen daraus die Konsequenz, dass sie gehen, weggehen und austreten. ... Bis in die Kernschichten unserer Pfarreien hinein sind die Menschen von der Kirche enttäuscht, weil in ihr offensichtlich nichts weitergeht, weil diese Kirche nicht mehr geht, sondern steht, stehengeblieben ist“.¹³ Diese Einschätzung artikuliert sich auch in der alten und neuen Kritik an der kirchlichen Sexualethik als menschenfern und argumentativ

¹³ Franz Weber, *Ja, Kirche geht. Ein persönliches und pastoraltheologisches Bekenntnis zur Dynamik lokaler Kirchenentwicklung*; in: Christian Hennecke (Hg.): *Kirche geht. Die Dynamik lokaler Kirchenentwicklung* (Würzburg 2013), S. 15.

nicht länger anschlussfähig. Ähnlich wird unsere Ehepastoral im Blick auf die Gläubigen, die zivil wiederverheiratet sind, als ungerechtfertigt distanzierend erlebt.

Solches Misstrauen gegenüber dem kirchlichen Amt, den kirchlichen Strukturen, der Lehre und pastoralen Praxis ist für uns ein Alarmzeichen: Misstrauen hebt Vertrauen auf; aber ohne Vertrauen kann unsere Glaubensverkündigung keine Frucht bringen! Wir stehen neu vor der Frage: Wie können wir heute die Botschaft des Evangeliums authentisch leben und als Kirche und Christen überzeugend auftreten? Wir müssen herausfinden, wie wir mehr Barmherzigkeit mit den Menschen zeigen und bezeugen können, die in einer Welt – ich wiederhole mich – voller Inkonsistenzen, voller Brüche und Widersprüche leben. „Es drohe die Gefahr“, so sagte Papst Franziskus vor zehn Tagen beim Angelusgebet, „dass die Christen sich selber für gerecht hielten und von Gott verlangten, die anderen Sünder zu bestrafen, anstatt ihnen zu vergeben“. Es gelte, die Spirale des Auge um Auge, Zahn um Zahn zu durchbrechen. Das sei der Weg Gottes, den auch wir einzuschlagen haben.

Ich bin überzeugt, dass wir uns auch theologisch mit den Konsequenzen heutiger Freiheit und Vielfalt der Optionen wie auch der Brüchigkeit der sozialen Verbundenheit und Gemeinschaft stärker befassen sollten. Und es braucht, wenn wir den Zusammenhalt von Kirche und Gesellschaft stärken wollen, neue Wege der Nähe, indem wir – wie der biblische Philippus und wie Papst Franziskus – an die Ränder gehen, um die Bekanntschaft der Menschen zu schließen und nahbar statt unnahbar zu sein. Der Phantasie sind diesbezüglich keine Grenzen gezogen.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir in Bezug auf die Ehepastoral eine bischöfliche Arbeitsgruppe eingerichtet haben, die die soziologischen wie auch die kirchlich-normativen Fakten rund um Ehe und Familie analysiert und unserer Konferenz Anregun-

gen für das vertiefende Gespräch geben soll und geben wird. Wir haben ja gespürt, wie viel Aufmerksamkeit die Forderung fand, die der Heilige Vater in verschiedenen Zusammenhängen aufwarf, wonach zu prüfen sei, in welchem Sinn die Kirche noch mehr Barmherzigkeit zeigen könne. Vielleicht auch für die zivil Wiederverheirateten? Dabei ist uns sicherlich auch eine große Hilfe, dass unser Heiliger Vater selbst dieses Thema Anfang Oktober mit den acht Mitgliedern des neu von ihm eingerichteten Kardinalrates, zu dem auch Kardinal Reinhard Marx gehört, beraten und in zwei Jahren auf einer Weltbischofssynode eigens besprechen wird.

4. Eine Kirche praktizierter Kollegialität: Die Person des Philipppus kann uns auch hier einen wichtigen Hinweis geben. Zwar handelt Philippus bei seiner Begegnung mit dem Äthiopier in der erwähnten Schriftstelle allein. Doch schauen wir zurück auf seine eigene Berufung, wie sie uns im Johannes-Evangelium geschildert wird (*Joh* 1,43–50). Philippus wird persönlich von Jesus angesprochen und in seine Nachfolge gerufen. Doch erst im Gespräch mit Natanaël erschließt sich auch Philippus tiefer, wer Jesus ist. Der Glaube wächst durch die persönliche Begegnung mit Jesus und zugleich durch die lebendige Gemeinschaft im Kollegium derer, die Jesus nachfolgen und ihn zu den Menschen bringen. So finden sich im Neuen Testament viele Stellen, in denen die Kollegialität der Apostel und ihrer Nachfolger begründet wird. In diesem Sinne hat auch das Zweite Vatikanische Konzil die kollegiale Dimension des Bischofsamtes neu zur Geltung gebracht – ohne die Autorität und Kompetenz jedes Ordinarius und insbesondere den Lehramts- und Jurisdiktionsprimat des Nachfolgers Petri infrage stellen oder schwächen zu wollen. Für uns Bischöfe in Deutschland sind zunächst einmal regionale Foren auf Metropolieebene, als „Südwestkonveniat“, als „Freisinger Bischofskonferenz“ oder als Treffen der ostdeutschen Bischöfe, wie es Bischof Heiner Koch kürzlich neu initi-

iert hat, Orte des Zusammenwirkens und gemeinsamer Urteilsbildung – also der Einbindung in den größeren kirchlichen Zusammenhang. Hier finden wir in der Bischofskonferenz die Möglichkeit zu praktischer Kollegialität.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich während der zehn Jahre als Erzbischof von Freiburg in dieser Bischofskonferenz ein diözesanübergreifendes, anregendes und kirchlich nützlich zusammenwirken erleben und dieses verantwortlich mitgestalten konnte. Ich habe viel tragende und solidarische Brüderlichkeit erlebt. Besonders bin ich froh darüber, dass die Abendgespräche im Ständigen Rat mehr und mehr eine Stunde sehr aufrichtiger und offener Aussprache geworden sind. Wir spüren aber auch deutlich die Unterschiede, die es etwa in Bezug auf die Einschätzung der Gesellschaft und die daraus resultierenden pastoralen Prioritäten gibt. Ich rege an, dass wir auf den verschiedenen Ebenen, auf denen wir uns begegnen, die Zeit bis zur Neuwahl des Vorsitzenden verstärkt dazu nutzen, darüber zu sprechen: Welche Stärken, aber auch welche Schwächen sehen wir in unserer Bischofskonferenz? Die einen gilt es zu vermehren und die anderen zu überwinden. Ähnlich der äußerst positiven Erfahrungen, die vom Vorkonklave dieses Jahres berichtet werden, wo in einer offenen und konstruktiven Analyse die kirchliche Situation benannt wurde, sollten wir auch unsere eigene Situation benennen und beleuchten. Wir brauchen, so denke ich, auch „Generalkongregationen“ ganz eigener Art. Je klarer wir uns über die gemeinsamen und mehrheitlich gewollten Ziele sind, desto besser können wir Fragen über die Struktur unseres Arbeitens, die Erwartungen an den neuen Vorsitzenden und die richtige Unterstützung durch die verschiedenen Dienststellen klären und angehen.

Ich habe eben von der gemeinsamen Meinungsbildung gesprochen. Nach meinem Verständnis ist diese auch im Blick auf die weltweite Kollegialität der Bischöfe und die Verbundenheit mit

und unter dem Papst unverzichtbar. Weltkirchliche Festlegungen erfolgen in Rom und doch dürfen wir uns nicht davon dispensieren, eigene Standpunkte zu erarbeiten, die wir – wohl wissend, dass die Entscheidungskompetenz nicht bei uns selbst liegt – gegenüber dem Heiligen Vater und seinen Mitarbeitern zur Geltung bringen. In diese Richtung gehen ja bereits manche unserer Bemühungen. In diese Richtung ermutigt uns auch Papst Franziskus.

Liebe Mitbrüder, in den zurückliegenden Jahren haben wir im säkularen Bereich große Umbrüche erlebt. Einige davon habe ich benannt. Das hat Auswirkungen für die Verkündigung, für das persönliche Glaubensleben und das Wirken der Kirche. Nicht weniger für die Orden, geistlichen Gemeinschaften bis hin zu den Verbänden. Auch auf die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Recht und im öffentlichen Leben, auf die Selbstbestimmung der Kirche in bestimmten Bereichen und auf ihre Werke und Institutionen. Die neuerliche Debatte vor allem über die kirchlichen Krankenhäuser und Altenhilfeeinrichtungen bestätigt dies. Wir haben ohne Zweifel eine neue Etappe begonnen, die nun das Bewährungsfeld unseres Ziels ist, missionarisch Kirche zu sein: eine pilgernde, hörende und dienende Kirche. „*Geh und folge diesem Wagen. Philippus lief hin.*“ Solche Dynamik für uns selbst und in unseren Bistümern zu erlangen, das ist eine wichtige wie notwendige Etappe auf unserem Weg.¹⁴ Reden wir darüber, wie wir jetzt und in Zukunft dieses Ziel als Bischofskollegium in Deutschland erreichen können und wie wir in Wertschätzung und Achtung des

¹⁴ Vgl. auch die Aussage von Papst Franziskus in seinem Interview vom 19. August 2013 mit den Zeitschriften des Jesuitenordens: „Statt nur eine Kirche zu sein, die mit offenen Türen aufnimmt und empfängt, versuchen wir eine Kirche zu sein, die neue Wege findet, die fähig ist, aus sich heraus und zu denen zu gehen, die ganz weggegangen oder die gleichgültig sind.“

Priestertums aller Getauften gemeinsam mit Ehrenamtlichen und Hauptberuflichen, mit Laien, Ordensleuten und Geweihten den Weg in die Zukunft gehen.

Eine neue Etappe stellt uns vor neue Herausforderungen und lädt uns zum Aufbruch ein, um die Gegenwart im Blick auf die Zukunft zu gestalten und Jesus und sein Evangelium fruchtbar einzubringen. Dieser Herausforderung stellten sich die Apostel, das tat Philippus. Das war das Anliegen und Ziel unserer großen Glaubensboten, so auch des heiligen Bonifatius. Denn das steht am Anfang des Evangeliums, ja bereits in der ersten Stunde der Verkündigung. So ist denn auch das Erste, was Maria tut, als sie erfahren hatte, dass sie Mutter des Sohnes Gottes werden sollte, dass sie aufbricht ins Bergland zu Elisabeth und Zacharias, um Jesus zu den Menschen zu bringen, noch ehe sie ihn geboren hatte. Lassen wir uns von ihr leiten! Stellen wir uns unter ihren Schutz und nehmen wir Maß an ihr! Machen wir wahr, wovon Papst Franziskus spricht, wenn er sagt: „Ich träume von einer Kirche als Mutter und Hirtin. Dazu müssen die Diener der Kirche barmherzig sein, sich der Menschen annehmen und sie begleiten – wie der gute Samariter, der seinen Nächsten wäscht, reinigt aufhebt. [...] Sie müssen in der Lage sein, die Herzen der Menschen zu erwärmen.“¹⁵ Liebe Mitbrüder! Brechen wir neu auf, um Jesus und sein Evangelium den Fragenden und Suchenden, den Zweifelnden und mit so manchen Brüchen und Widersprüchen lebenden Menschen zu bringen. Wir haben ihnen etwas Entscheidendes zu geben.

¹⁵ Papst Franziskus, Interview vom 19. August 2013 mit den Zeitschriften des Jesuitenordens.

„Vertrauen erneuern – Verbindlichkeit stärken“

Das geistige Erbe Europas neu zum Leuchten bringen

**Ansprache beim Jahresempfang des Katholischen
Büros Berlin und des Brüsseler Büros der EKD
am 25. November 2013 in Brüssel**

Exzellenzen, sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen
Parlaments,
werte Vertreter der Kommission, des Rates und der
Landesvertretungen,
lieber Prälat Dr. Dutzmann als Hausherr der EKD hier in
Brüssel,
meine Damen und Herren, verehrte Gäste!

I.

„Vertrauen ist der Anfang von allem.“ Natürlich könnte man sich nach der Finanzkrise der vergangenen Jahre ironisch darüber auslassen, dass ausgerechnet eine große Bank in den neunziger Jahren mit diesem Slogan um Kunden geworben hat. Aber die Aussage des Slogans stimmt: Vertrauen ist der Anfang von allem. Das gilt für jede menschliche Beziehung: Es leuchtet sofort ein, dass ohne Vertrauen keine Freundschaft und schon gar keine Liebesbeziehung entstehen kann. Es gilt aber auch für die zahllosen anderen menschlichen Beziehungen, auf die wir uns einlassen. Jede einzelne unserer täglichen Handlungen beruht auf Vertrauen in unsere Mitmenschen: Wir vertrauen darauf, dass der Pilot das Flugzeug sicher nach Brüssel bringen wird. Wir vertrauen darauf, dass die Kfz-Werkstatt beim Reifenwech-

sel die Schrauben richtig anzieht. Wir vertrauen darauf, dass sich alle an die Gesetze halten. Und wir vertrauen darauf, dass der Staat das Recht durchsetzt. Vertrauen ist der Anfang von allem: Das gilt ebenso für jede Geschäftsbeziehung wie auch für unsere Gesellschaft, für die verschiedenen Gruppen und Verbände und für unser politisches Gemeinwesen.

Aber was ist das eigentlich, Vertrauen? Vertrauen ist zunächst einmal eine Vorschussleistung, die auf entsprechenden Erfahrungen gründet und immer wieder auf die Bestätigung ihrer Grundannahme angewiesen ist. Wir vertrauen dem Piloten, ohne dass wir ihn überhaupt kennen. Seine freundlich einladende Begrüßung durch den Lautsprecher im Flugzeug ändert daran ja auch nur wenig. Wir vertrauen auf seine Fähigkeit, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass Piloten gut ausgebildet sind und uns die Fluggesellschaften schon immer sicher zum Ziel gebracht haben. Und weil sie es dieses Mal wieder getan haben, vertrauen wir auch beim Rückflug einem anderen, uns unbekanntem Piloten. Ohne solches Vertrauen in unsere Mitmenschen könnten wir nicht zusammenleben. Ohne Vertrauen würden eine Gesellschaft und ein Gemeinwesen nicht funktionieren.

Es muss uns deshalb Sorgen bereiten, wenn das gesellschaftliche Vertrauen zurückgeht. Verschiedene gesellschaftliche Institutionen kämpfen in den letzten Jahren mit dem Vertrauensverlust der Menschen. Das betrifft Politiker, Parteien und politische Institutionen; das betrifft Gewerkschaften und Verbände, das betrifft auch die Kirchen und uns als ihre Repräsentanten. Viele Orientierungspunkte, an denen wir unser privates Leben ausgerichtet und nach denen wir unsere Gemeinschaft gestaltet haben, haben in den letzten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, an Bedeutung verloren. Damit verliert nicht nur das Leben des Einzelnen gewisse tradierte Fixpunkte, sondern unser Gemeinwesen insgesamt verliert an Stabilität. Denn Vertrauen ist die Grundwährung unseres menschlichen Zusammenlebens.

II.

Sehr verehrte Damen und Herren, Vertrauen ist der Anfang von allem. Weil dies auch für unsere Beziehung zu Gott und unseren Glauben gilt, will ich an dieser Stelle für einen Moment beim Thema Vertrauen und Kirche bleiben. Der in Heidelberg lebende und lehrende ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof hat vor zwei Wochen in einem Interview mit *Christ & Welt* in der ZEIT ausgeführt: „Die Kirche setzt anspruchsvolle Maßstäbe, muss sich dann auch an diesen Maßstäben messen lassen. Wir vertrauen einem Menschen, der nach uns vertrauten Maßstäben verlässlich handelt. Wer auf einen finsternen Markt geht, erwartet dort nicht Treu und Glauben. Wer sich zu einem ehrbaren Kaufmann begibt, rechnet mit Anstand und Redlichkeit. Würde er hier enttäuscht, wären die Verletzung und die Bitterkeit umso größer. Die Kirche ist dem ehrbaren Kaufmann vergleichbar.“¹

Wir wissen um die Enttäuschungen, wir spüren und erleben das schwindende Vertrauen und zugleich dürfen wir nicht im Lamentum stecken bleiben, sondern sind gefordert, gegenzusteuern und uns den Herausforderungen aktiv zu stellen. Gerne will ich Ihnen auch verraten, wie das Zitat von Paul Kirchhof weitergeht. Er beendet seine Antwort zum Vertrauen in die Kirche mit der Aussage: „Eine Gesellschaft braucht vertrauenswürdige Institutionen wie die Kirchen. Würden wir sie verlieren, verlören alle.“² Deshalb sind wir als Kirche herausgefordert, das Vertrauen zu erneuern und neues Vertrauen aufzubauen, indem wir den Menschen unserer Tage vertrauen und ihnen etwas zutrauen.

¹ „Finger weg von politischer Macht!“ in: *Christ & Welt* 47 (14. November 2013), S. 5.

² *Ebd.*

III.

Auch die Europäische Union steht heute in einer Vertrauenskrise. Wenn wir in den letzten Jahren von einer Finanzmarktkrise sprechen, dann tun wir das ja nicht, weil sich unsere Gemeinschaftswährung Euro in einer Krise befindet, sondern weil die Staatsschuldenkrise und wirtschaftliche Krise in den verschiedenen Staaten auch zu einer europäischen politischen Krise geworden sind. Nach einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Frühjahr 2013 ist das Vertrauen der EU-Bürger in die Europäische Union auf 29 Prozent gesunken. Sicherlich sind die Gründe für diese Entwicklung komplex. Aber der Befund ist kurz vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament durchaus besorgniserregend. Denn auch das europäische Einigungsprojekt kann ohne Vertrauen nicht auskommen. Nicht nur das nationalstaatliche Gemeinwesen, sondern auch der europäische Staatenverbund lebt vom Vertrauen. Die europäische Einigung kann nicht ohne das Vertrauen der Bürger in Europa voranschreiten.

Gestatten Sie mir, in Erinnerung zu rufen, dass die europäische Einigung von Anfang an ein Versprechen war, eine Verheißung, eine Vision. Als Europa nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl materiell im wahrsten Sinne des Wortes in Schutt und Asche lag, als auch mit dem von den Nationalsozialisten betriebenen Holocaust moralisch den Tiefpunkt erreicht hatte, da war die europäische Idee eine Verheißung mit positiver Ausstrahlung: Auf dem Fundament des Friedens zwischen den europäischen Völkern sowie ausgehend von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sollten für die Menschen dieses Kontinents Freiheit und gemeinsamer Wohlstand entstehen. Die Versprechen der Europäischen Einigung waren Friede, Freiheit, Wohlstand sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Hierin lag die Grundannahme für das Vertrauen der Menschen in die europäische Zusammenarbeit. Im Rückblick dürfen wir fragen: Sind die Versprechen der Europäischen Integration gehalten worden? Sind

die Grundannahmen bestätigt worden, die Voraussetzung waren für den Vertrauensvorschuss der Bürger in Europa?

Niemand wird bezweifeln, dass die europäische Einigung das Versprechen der Versöhnung und des Friedens eingehalten hat. Noch nie gab es eine so lange Friedenszeit zwischen den Völkern und Staaten, die der Europäischen Union angehören, wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Hierfür war die europäische Einigung entscheidend verantwortlich. Deshalb ist der Europäischen Union im letzten Jahr zu Recht der Friedensnobelpreis verliehen worden. Die Europäische Union – und damit meine ich die in ihr wirkenden Entscheidungsträger, die Institutionen und Mechanismen – hat sich in über 50 Jahren unser Vertrauen verdient.

Wir dürfen nicht müde werden, diese friedensstiftende und versöhnende Rolle der Union auch heute zu betonen, weil dies alles andere als selbstverständlich ist. Viele glauben aufgrund der langen Friedensphase in Europa, die Friedensbegründung der Integration habe sich überholt. Ich bin jedoch fest davon überzeugt, dass die Friedenssicherung weiterhin ein zentrales Ziel der Europäischen Union bleibt. Nicht, weil es eine drängende Kriegsgefahr in Europa gibt, sondern weil die Union die Staaten und Völker beständig im Gespräch, in Verhandlungen hält. Denken wir nur an den absurden Streit über Gibraltar im Sommer dieses Jahres! Ich will angesichts der beteiligten zivilisierten europäischen Staaten keineswegs behaupten, dass dieser Konflikt Kriegspotential hatte. Aber wenn zwei Länder in Brüssel an einem Tisch sitzen, dann wird das Eskalationspotential schon allein durch diesen Sachverhalt begrenzt. Deshalb sollten wir die friedenserhaltende Funktion der europäischen Einigung hoch achten und wertschätzen.

Auch das Versprechen der Freiheit hat die europäische Integration eingelöst. Sie hat durch die Grundfreiheiten des Binnen-

marktes sowie die bürgerlichen Freiheiten ein freiheitliches System manifestiert und fortgetragen und damit unsere Freiheit gesichert. Gleichzeitig war die europäische Integration Teil des Prozesses, der zur Überwindung der Teilung Europas geführt und unseren östlichen Nachbarn und unseren Landsleuten in der DDR die Freiheit gebracht hat.

Das Versprechen des Wohlstands ist für viele Europäer in Erfüllung gegangen. Vielleicht noch mehr als die anderen Versprechen hat die Verheißung des Wohlstands zur Attraktivität der Europäischen Union für neue Mitglieder beigetragen. Die Europäische Gemeinschaft war von ihren Anfängen an eine Geschichte des wirtschaftlichen Erfolges. Schon in den Römischen Verträgen 1957 wurde formuliert, dass die europäische Vergemeinschaftung die „*stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel*“ anstrebt, mithin die konkrete Lebenswelt des einzelnen Menschen verbessern sollte. Über mehrere Jahrzehnte hat der europäische Binnenmarkt entscheidend zum Auf- und Ausbau von Wohlstand und Wohlergehen der EU-Bürger beigetragen.

Nicht zuletzt hat Europa auch das Versprechen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eingelöst. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts sichert in unseren Ländern Frieden und Freiheit. Demokratische Verfahren werden vorausgesetzt und eingefordert. Die Verschränkung der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union hat dazu geführt, dass die Innenpolitik keine rein interne Angelegenheit mehr ist, sondern heute sehr wohl europäisch verfolgt und gegebenenfalls auch sanktioniert wird. Die Diskussionen der vergangenen Jahre um die Regierungsbeteiligung von radikalen Parteien – zum Beispiel in der Slowakei, über den Umgang mit Macht, zum Beispiel in Rumänien oder Ungarn, oder über einzelne rechtliche und politische Maßnahmen, wie zum Beispiel den Ausreisepressure auf Roma in Frankreich – zeugen davon.

IV.

Trotz dieser positiven Zwischenbilanz, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es heute vielfältige Anfragen an die Verheißungen Europas. So erfolgreich sich die Vision des vereinten Europas auch durchsetzen konnte: Es kommen Zweifel an den Versprechen der Europäischen Einigung auf.

Zu Recht halten Kritiker der Union die im Zuge der Finanzmarktkrise aufkommenden Streitigkeiten vor. Was ist heute vom Friedensversprechen der Europäischen Union zu halten, angesichts der Entgleisungen in den Medien und der Öffentlichkeit in den letzten beiden Jahren? In der Finanzmarktkrise feiern längst überwunden geglaubte Klischees und Vorurteile fröhliche Urstände. Während die Südeuropäer in Deutschland pauschal als faul durchgehen, protestieren in Griechenland Tausende gegen die deutsche Regierungschefin, die in Nazi-Montur dargestellt wird. Parteien, die sich mit Parolen gegen die europäischen Partner profilieren, erringen in vielen Mitgliedstaaten Wahlerfolge. Gerade deshalb mache ich mir Sorgen um das Verhältnis der europäischen Völker untereinander. Beim Geld, so sagt das Sprichwort, hört die Freundschaft auf. Aber das bedeutet keinesfalls, dass das Verhältnis in sein Gegenteil umschlagen muss. Das Schüren von Vorurteilen und die Bedienung nationaler Stereotypen sind nicht nur unfruchtbar, sondern entzweien die Völker. Mich schmerzt sehr, dass solche Entwicklungen in den vergangenen Monaten und Jahren der Krise in Europa deutlich zugenommen haben. Sie zerbrechen Vertrauen, das mühsam aufgebaut worden ist und das wir innerhalb Europas dringend brauchen. Umso mehr gilt es, die Menschen ernst zu nehmen, die sich fragen: Sichert das Festhalten an der Europäischen Einigung heute eigentlich noch den Frieden? Oder schürt es die Zwietracht unter den Europäern?

Noch prekärer ist die Situation an den Außengrenzen der Union. Dort geht es oft um Leben und Tod. Wir alle stehen noch unter dem Schock der Katastrophe vor Lampedusa, bei der unzählige Flüchtlinge den Tod gefunden haben. Papst Franziskus hatte im Sommer bei seinem Besuch auf der Insel die fortgesetzte Gleichgültigkeit beklagt, mit der die europäische Öffentlichkeit auf die wiederkehrenden Unglücksfälle reagiert. Vielleicht dürfen wir hoffen, dass es wenigstens damit jetzt vorbei ist und in den europäischen Ländern eine Neubesinnung einsetzt. Selbstverständlich ist es legitim, dass Staaten und Staatengemeinschaften den Zugang zu ihrem Gebiet regeln. Aber die derzeitige Flüchtlings- und Migrationspolitik stellt einseitig die Kontrolle und Eindämmung von Zuwanderung in den Vordergrund. Der Preis, den diese Politik fordert, ist zu hoch. Es ist ein Preis, den allein jene bezahlen, die in ihrer Not keinen anderen Ausweg erkennen, als ihr Leben oft gewissenlosen Schleppern anzuvertrauen.

Bei der Neuausrichtung der Politik in der Europäischen Union und in deren Mitgliedstaaten müssen mindestens folgende Gesichtspunkte eine bestimmende Rolle spielen:

- Die Überwachung der EU-Außengrenze und des Mittelmeeres muss so ausgestaltet werden, dass die Rettung von Flüchtlingen oberste Priorität genießt.
- Flüchtlinge müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Asylantrag in einem angemessenen Verfahren geprüft wird. Wir wissen: Viele wollen der Armut entfliehen. Es ist aber auch wahr, dass sich eine nicht geringe Zahl von Menschen auf die Boote begibt, weil sie in der Heimat aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen bedrängt werden. Sie verlieren ihren Asylanspruch nicht, weil sie über das Mittelmeer zu uns kommen.

- In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass sich die EU-Staaten auf eine faire Verteilung der Flüchtlinge verständigen. Die Europäische Union muss sich gerade bei einer moralisch so sensiblen Frage wie dem Flüchtlingsschutz als Werte- und Verantwortungsgemeinschaft bewähren.
- Die im politischen Raum immer wieder erhobene Forderung, dass die Europäer einen relevanten Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Krisenländern Afrikas und Arabiens zu leisten hätten, darf keine Sache von Sonntagsreden bleiben. Wir haben noch nicht tief genug verstanden, dass wir als Europäer unsere Interessen in der heutigen Welt nur dann auf moralisch akzeptable Art zur Geltung bringen können, wenn wir auch die scheinbar weit entfernt lebenden Völker als wirkliche Nachbarn betrachten.

Mit der Europäischen Union bringen heute viele leider nicht mehr das Versprechen der Freiheit in Verbindung. Sie betrachten Europa nur noch eingeschränkt als ein freiheitliches Projekt. Brüssel ist für viele zu einem Synonym für Bevormundung geworden. Sicher, ein gehöriger Teil der Entwicklung geht auf das beliebte Spiel zurück, die Schuld immer erst einmal auf die Anderen, auf Brüssel zu schieben. Trotzdem muss sich auch die europäische Politik die Frage gefallen lassen, ob sie mit allzu kleinteiligen Regelungen nicht auch zu dieser Wahrnehmung beiträgt. Wenn wir sehen, in welchem Maße sich Philosophen, Schriftsteller und Intellektuelle – angefangen von Jürgen Habermas über Robert Menasse bis hin zu Hans-Magnus Enzensberger – heute mit Fragen der Europäischen Einigung auseinandersetzen, dann unterstreicht das zwar zum einen die Bedeutung des europäischen Projekts, zum anderen aber auch die Schwere der Krise.

Was die Europäische Union derzeit vielleicht am meisten umtreibt, ist die Erfüllung der Wohlstandsverheißung. Die Krisen

der letzten Jahre haben die von uns als stetig und nicht selten als selbstverständlich wahrgenommene Entwicklung zu immer mehr Wohlstand durchbrochen. Die Bürger Europas sind verunsichert – aus unterschiedlichen, zum Teil die Interessen ihrer jeweiligen Herkunftsstaaten widerspiegelnden Gründen. Die Bürger der Schuldenstaaten sind dabei, ihr Vertrauen in die Europäische Union als Garant von Wohlstand und letztlich von sozialem Frieden zu verlieren.

Nach Angaben der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung zur sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion vom Oktober 2013 sind derzeit 26,6 Millionen Menschen in der Europäischen Union arbeitslos; 5,5 Millionen davon sind junge Menschen. Wir dürfen nicht zulassen, dass ganze Generationen, insbesondere junger Menschen, in ihren wirtschaftlich notleidenden Herkunftsstaaten ohne Arbeit und – noch schlimmer – ohne Perspektive sind. Die europäische Jugendinitiative ist ein erster, zu begrüßender Schritt, sich der Jugendarbeitslosigkeit in Europa anzunehmen; doch müssen mehr und weitere Schritte folgen.

Dabei darf Solidarität nicht auf finanzielle Transfers reduziert werden. Zwar ist es legitim, für Staatshilfen auch Gegenleistungen einzufordern. Denn nach dem Solidaritätsprinzip zeigt sich der Stärkere mit dem Schwächeren solidarisch und der Schwächere mit dem Stärkeren: Der Stärkere befähigt den Schwächeren, seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten; der Schwächere nimmt nur die Solidarität in Anspruch, die er benötigt, und leistet den ihm möglichen eigenen Beitrag. Jedoch dürfen wir diejenigen Mitgliedstaaten, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten und auf die Solidarität ihrer Nachbarn angewiesen sind, nicht über das Verantwortbare hinaus zu Sparmaßnahmen und Strukturreformen verpflichten. Aber nicht nur die schwachen Schultern dürfen nicht über Gebühr belastet werden. Auch starke Schultern, die mehr tragen können, dürfen nicht überbean-

spricht werden. Der Ausgleich zwischen den Staaten in Europa zur Bewältigung der aktuellen Krise erfolgt auf einem schmalen Pfad.

Dies wird daran deutlich, dass im Zuge der verschiedenen Rettungsmaßnahmen sogar Zweifel am europäischen Versprechen der Rechtsstaatlichkeit aufkommen. Viele Bürger der Mitgliedstaaten, die in Form von Bürgschaften, Krediten und Direkthilfen finanzielle Mitverantwortung für andere Staaten übernehmen, sind verunsichert. Sie zweifeln daran, dass in der Europäischen Union die Vereinbarungen eingehalten werden, auf die man sich einmal geeinigt hat. Sie fühlen sich angesichts der Reichweite der im Rahmen von Rettungsschirmen und Rettungsmechanismen abgegebenen Garantien beunruhigt. Sie sehen sich mit in Haftung genommen für Entscheidungen, die sie aufgrund ihrer Komplexität nur schwer nachvollziehen und ihrer Wahrnehmung nach nicht hinreichend mitbestimmen können.

Einer der zentralen Faktoren für die Bildung von Vertrauen in eine politische Gemeinschaft ist die Einhaltung der selbst gesetzten Regeln und der abgegebenen Versprechen. Das mag offensichtlich sein, selbstverständlich ist es aber nicht. Mit Blick auf die Europäische Union erinnere ich etwa an die zahlreichen Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt, zunächst durch Deutschland und Frankreich in den Jahren 2002 und 2003, und in der Folge auch durch zahlreiche andere Mitgliedstaaten. Die Sanktionsmechanismen auf europäischer Ebene wurden seitdem zweifellos verbessert. Allerdings dürften nur Sanktionsautomatismen eine Aufweichung der Regeln nach kurzfristiger politischer Opportunität nachhaltig verhindern können. Darüber hinaus muss es insgesamt darum gehen, das Vertrauen in die einzelnen Mitgliedstaaten, aber auch in eine europäische Verantwortungsgemeinschaft über eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitiken der Mitgliedstaaten der Euro-

päischen Union und über eine effektivere europäische Aufsicht wiederherzustellen.

V.

Angesichts dieser Anfragen an die Versprechen der Europäischen Einigung ist es heute dringend erforderlich, sowohl das Vertrauen in die Europäische Union als auch die Verlässlichkeit in der Europäischen Union zu stärken. Der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck hat diese Herausforderung, vor der die Europäische Union heute steht, in einer vielbeachteten Europarede im Frühjahr dieses Jahres mit der Formel zusammengefasst: „*Vertrauen erneuern – Verbindlichkeit stärken*“.

Sehr geehrte Damen und Herren, dazu bedarf es Vertrauen auf allen Ebenen. Je mehr ich selbst Vertrauen schenke, desto mehr kann Vertrauen wachsen: Es braucht Vertrauen in die europäischen Partner und in die jeweils anderen europäischen Völker und Staaten. Aber auch die europäischen Institutionen brauchen das Vertrauen der Bürger. Ebenso verdienen die Amtsträger in der Europäischen Union sowie die Kandidatinnen und Kandidaten für das neu zu wählende Europäische Parlament unser Vertrauen. Gleichzeitig ist auch die Bestätigung dieses Vertrauens erforderlich, um immer wieder neu Vertrauen gewinnen zu können. Dazu bedarf es einer stärkeren Verbindlichkeit auf Seiten der Europäischen Union. Neues Vertrauen wird umso mehr gewonnen, je mehr sich die Europäer auch darauf verlassen können, dass in Europa Beschlüsse eingehalten werden. Bundespräsident Joachim Gauck hat seine Rede im Februar 2013 mit einem Appell an uns alle beendet: „Mehr Europa fordert: mehr Mut bei allen! Europa braucht jetzt keine Bedenkenträger, sondern Bannerträger, keine Zauderer, sondern Zupacker, keine Getriebenen, sondern Gestalter.“

Dieses Zitat, diese Aufforderung, meine sehr verehrten Damen und Herren, lenkt meinen Blick auf die Europawahlen im kommenden Mai. Die sich in vielen EU-Staaten ausbreitende Armut, die hohe Arbeitslosigkeit und der Um- sowie zuweilen Zusammenbruch gesellschaftlicher Strukturen führen zu sozialem Unfrieden und einer Suche nach Schuldigen anderenorts. Eine der Folgen ist der verstärkte Zulauf zu populistischen bis hin zu nationalistischen Bewegungen in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Mit diesem Irrweg hat Europa aber überaus leidvolle Erfahrungen gesammelt. Deshalb bin ich sicher, dass die Lösung unserer Probleme nicht in einer Rückkehr in die enge Nationalstaatlichkeit besteht. Wir müssen vielmehr unserer Gemeinschaft in Europa stärker vertrauen und an der Europäischen Einheit mitbauen. Das Europäische Parlament ist die vorrangigste Institution, die an dieser Aufgabe mitwirken kann. Deshalb ist es so dringend erforderlich, das Parlament durch eine Teilnahme an den Europawahlen zu stärken und den Einfluss der Gegner einer europäischen Zusammenarbeit nicht wachsen zu lassen. Ich hoffe, dass bei der Europawahl eine hohe Wahlbeteiligung erreicht wird, denn aus einer solchen erwächst auch die demokratische Legitimation des Europäischen Parlaments.

Eine solche Legitimation ist wichtig, um die demokratischen Verfahren in der Europäischen Union zu stärken. Krisenzeiten sind, so sagt man, immer Zeiten der Exekutive. Deshalb war in den letzten Jahren oft von einer „Vergipfelung“ der europäischen Politik die Rede. Man könnte stattdessen auch sagen: eine zunehmende Abkehr von der Gemeinschaftsmethode, dem originär europäischen Beschlussfassungsverfahren unter Einbeziehung aller drei europäischen Institutionen. Zentrale europäische Entscheidungen der letzten Jahre, die Rettungspakete, der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) sowie auch der Fiskalpakt, kamen – aus der Not geboren – als Übereinkünfte der Mitgliedstaaten ohne Beteiligung des direkt gewählten Europäi-

schen Parlaments zustande. Bei aller Nachvollziehbarkeit dieses Weges, erscheint dieses Beschlussverfahren angesichts der einschneidenden – insbesondere sozialen – Folgen dieser Instrumente mit dem Geist des Vertrages von Lissabon nicht so leicht vereinbar. Denn dieser Vertrag hat doch gerade die Mitentscheidungsbefugnisse des Europäischen Parlaments ausgeweitet und es gesetzgeberisch auf eine Stufe mit dem Ministerrat gestellt!

Zudem besteht ein Konnex zwischen dem intergouvernementalen Beschlussverfahren in der Europäischen Union und der Stärkung nationalstaatlicher Tendenzen. Hierauf hat schon 2007 ein von der ComECE eingesetzter „Weisenrat“ hingewiesen. Danach birgt „die intergouvernementale Methode die Gefahr der Lähmung sowie nationalistischer Abwege in sich, weil sie den Akzent auf mitunter unterschiedliche nationale Interessen legt“. „Die ‚Gemeinschaftsmethode‘“ hingegen, so der Weisenrat, ist „eher auf die Suche des europäischen Gemeinwohls und nicht so sehr auf den Ausgleich nationaler Interessen gerichtet“. Das europäische Gemeinwohl erfasst die mitgliedstaatlichen Interessen, geht aber über diese hinaus. Nur durch die Beteiligung des Europäischen Parlaments an den europäischen Gesetzgebungsprozessen und durch die Einbeziehung der Europäischen Kommission als Hüterin der Verträge kann die Ausrichtung der europäischen Politik am europäischen Gemeinwohl sichergestellt werden.

Deshalb bietet gerade die Europawahl im kommenden Jahr die Gelegenheit, das Vertrauen der europäischen Bürger in die Entscheidungen auf europäischer Ebene zu stärken. Dafür wäre es sicher hilfreich, wenn bei dieser Europawahl europäische Themen im Zentrum des Wahlkampfs stünden und den EU-Bürgern ihre Entscheidungsalternativen auf europäischer Ebene vor Augen geführt würden. Die bereits begonnene Nominierung europaweiter Spitzenkandidaten der Parteien hilft, den Wahlprogram-

men auch „Köpfe“ zuzuordnen und so die Sichtbarkeit der Alternativen für den Wähler zu verstärken.

Zwar sind die Stärkung der Mechanismen zur Einhaltung des Rechts, die Ausrichtung von Reformen am gegenwärtigen und zukünftigen Wohlergehen der betroffenen Menschen, die Bewahrung des Konnexes von Entscheidung und Verantwortung sowie die Stärkung demokratischer Legitimationsstränge in den europäischen Entscheidungsprozessen zentrale vertrauensbildende Maßnahmen. Letztlich greift aber der Glaube in Mechanismen, institutionelle Strukturen, Abläufe und Entscheidungsverfahren – so wichtig diese auch sind – zu kurz. „Weder eine mehr oder weniger gut funktionierende Wirtschaftsunion noch ein bürokratisches Regelwerk des Zusammenlebens“, so hat es Papst Benedikt XVI. einmal formuliert, „können die Erwartungen der Menschen an Europa vollends erfüllen. Die tieferen Quellen eines tragfähigen und krisenfesten europäischen ‚Miteinanders‘ liegen vielmehr in den gemeinsamen Überzeugungen und Werten der christlichen und humanistischen Geschichte und Tradition des Kontinents. Ohne eine echte Wertegemeinschaft kann letztlich auch keine verlässliche Rechtsgemeinschaft, die sich die Menschen erhoffen und erwarten, aufgebaut werden.“³

Werte Damen und Herren, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Zwischenbemerkung, die mir sehr wichtig ist. Das in Warschau ansässige „Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE“ hat in seinem jüngst veröffentlichten „Bericht über Hass-Verbrechen in der OSZE-Region“ auf eine zunehmende Intoleranz und sogar Gewalt gegenüber Religionen in Deutschland aufmerksam gemacht. Im Jahr

³ Papst Benedikt XVI., Ansprache an den Botschafter Österreichs, Herrn Martin Bolldorf, anlässlich der Überreichung des Beglaubigungsschreibens (18. September 2006): *L'Osservatore Romano* (dt.), 22. September 2006, S. 14.

2012 haben deutsche Behörden 414 Straftaten gemeldet, die sich gegen Christen und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften richteten. Davon seien 18 gewalttätig gewesen. Diese statistischen Angaben unterstreichen, dass das Recht auf freie Religionsausübung nicht nur in Ländern wie Pakistan, Ägypten, Indonesien oder China zunehmend unter Druck steht, sondern auch in unseren Breitengraden. Diesen besorgniserregenden Tendenzen gilt es, vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken. Das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist als fundamentales Menschenrecht nicht verhandelbar und muss dementsprechend auch von den politischen Entscheidungsträgern geschützt werden. Das gilt für uns in Deutschland, das gilt für Europa und die ganze Welt. Darauf machte der ehemalige Bürgermeister von Straßburg und spätere Präsident des Europäischen Parlaments, Pierre Pflimlin, der ein leidenschaftlicher Europäer war, in einem bisher unveröffentlichten Interview aufmerksam. Er sagte: „Wir können viele Verschiedenheiten akzeptieren; wir müssen sie akzeptieren und dulden unter den verschiedenen Völkern, die mitmachen. Nur das Einzige nicht: Dass sie unsere Werte mit Füßen treten.“ Ja, werte Damen und Herren, wir haben eine Verpflichtung, das solidarische Zusammenleben und Miteinander zu fördern. Wir haben eine Kultur, die in der Botschaft des Evangeliums wurzelt und auf dem Fundament des christlichen Glaubens erbaut ist. Das zeigt in besonderer Weise der Blick auf den hohen und zugleich auch fordernden Wert der christlichen Nächstenliebe, die auch den Fremden einschließt und besonders den Ärmsten im Blick hat. Ohne gelebte Solidarität landen wir schnell in einer egoistischen Ellenbogengesellschaft, in der nur noch das Recht des Stärkeren gilt, in der der Frost des Egoismus die Atmosphäre prägt. Nicht ohne Grund hebt der FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher in seinem neuesten Buch „Ego. Das Spiel des Lebens“ hervor, dass wir in einer

„Welt der Ich-vermarktung“⁴ leben. Deshalb braucht es auf allen Ebenen leidenschaftliche Anwälte der Solidarität und Subsidiarität, die mit ihrer Haltung und Überzeugung spürbar und erlebbar werden lassen, dass es in Europa nicht nur ein Nebeneinander, sondern ein Miteinander und Füreinander gibt. Daran muss sich auch die Politik mit den ihr zur Verfügung stehenden Mechanismen beteiligen. Ich bitte Sie, sich in Ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich dafür einzusetzen und zu engagieren.

Die europäische Wertegemeinschaft hat sich um die Versprechen der Europäischen Integration geschart: Friede und Freiheit, Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Diese Werte sind auch weiterhin eine Verheißung für uns Europäer. Aber sie sind kein Selbstläufer. Das hat uns die aktuelle Krise vor Augen geführt. Wenn die Europäische Union ihre Legitimität stärken will, dann muss die Verbindlichkeit in Europa erhöht werden. Dazu gehört sowohl der Einsatz für den europäischen Zusammenhalt auf der einen Seite, als auch der Eigenbeitrag der Mitgliedstaaten auf der anderen Seite. In diesem Sinne ist das europäische Versöhnungs- und Einigungswerk stets aufs Neue auf unseren aktiven Einsatz angewiesen; den aktiven Einsatz möglichst vieler in ihrem jeweiligen Umfeld und Verantwortungsbereich. Denn Europa lebt gerade aus der Unterschiedlichkeit, wir werden bereichert durch die verschiedenen Perspektiven und erweitern unseren Horizont. Wir können dann erleben, was Papst Franziskus bei seiner Begegnung mit Verantwortungsträgern aus Politik und Gesellschaft am 27. Juli 2013 in Rio de Janeiro so formulierte: „Wenn mich Führungskräfte der verschiedenen Bereiche um einen Rat bitten, ist meine Antwort immer die gleiche: Dialog, Dialog, Dialog. Die einzige Art und Weise, dass ein Mensch, eine Familie, eine Gesellschaft wächst, die

⁴ Frank Schirrmacher: *Ego. Das Spiel des Lebens*, (München 2013), S. 15.

einzigste Art und Weise, um das Leben der Völker voranschreiten zu lassen, ist die Kultur der Begegnung; eine Kultur, in der alle etwas Gutes zu geben haben und alle dafür etwas Gutes empfangen können. Der andere hat immer etwas, das er mir geben kann, wenn wir fähig sind, uns ihm in offener und bereitwilliger Haltung ohne Vorurteile zu nähern. Diese offene und bereitwillige Haltung ohne Vorurteile würde ich als ‚soziale Demut‘ bezeichnen und eben diese ist günstig für den Dialog. [...] Entweder setzt man heute auf den Dialog, setzt man auf die Kultur der Begegnung, oder alle verlieren. Hier geht der Weg, der Frucht bringt.“ Soweit Papst Franziskus, der nur zu gut weiß, dass gelingender Dialog und Begegnung Vertrauen voraussetzen. Auch die europäische Einigung braucht den Dialog und die Begegnung der Menschen. Die europäische Einigung lebt vom Vertrauen. Denn Vertrauen ist der Anfang von allem.